

«Weibliche Komponente fehlt»

Michaela Tschuor will für die Mitte den zweiten Regierungsratssitz verteidigen. Ins Rampenlicht geriet sie eher unfreiwillig.

Dominik Weingartner

Auf der kantonalen politischen Landkarte ist Michaela Tschuor ein relativ unbeschriebenes Blatt. Die 45-Jährige ist zwar seit 2019 Vizepräsidentin der Mitte-Kantonalpartei, doch im Kantonsrat politisiert sie erst seit dem vergangenen Sommer. Dort ist Tschuor bislang wenig in Erscheinung getreten, keinen einzigen Vorstoss hat sie eingereicht. «Einen Vorstoss einzureichen, nur um einen Vorstoss einzureichen, das passt nicht zu mir», sagt Tschuor im Gespräch. Wenn sie eine neue Tätigkeit übernehme, beobachte und analysiere sie zunächst.

Im Luzerner Parlament ist Tschuor Teil der Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK). Deren Präsidentin, die FDP-Kantonsrätin Irene Keller aus Rigi Kaltbad, sagt: «Als neues Ratsmitglied in die AKK zu kommen, ist immer sehr herausfordernd.» Durch ihre Erfahrung als Gemeinderätin und als Juristin habe Tschuor aber sofort konstruktive Arbeit leisten können. «Ihre ruhige Art kombiniert sich gut mit ihren kompetenten Inputs.» Tschuor sagt, sie werde jetzt auch keinen Vorstoss mehr einreichen, nur um zu Wahlkampfzwecken von der damit verbundenen medialen Aufmerksamkeit zu profitieren. «Ich will authentisch bleiben», sagt sie. Und sowieso: «Ich mag keine Politiker, die sich zu stark ins Rampenlicht stellen.»

«Das war eine extrem harte Zeit»

Tatsächlich ist Michaela Tschuor vor ein paar Jahren eher unfreiwillig in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. In Wikon, wo sie seit 2012 Sozialvorsteherin war, ist Mitte 2018 eine politische Krise ausgebrochen. Der Gemeinderat entzog dem Finanzvorsteher der SVP wegen eines gestörten Vertrauensverhältnisses die Dossiers – zu Unrecht, wie die Luzerner Regierung später feststellte. Im Zuge dieser Vorkommnisse kam es zu Gewalt- und Morddrohungen gegen Gemeindeangestellte.

Der damalige Gemeindepräsident musste aus gesundheitlichen Gründen eine Auszeit nehmen, später trat er wegen einer anonymen Drohung zurück. Als Stellvertreterin sprang Michaela Tschuor ein. «Das war eine extrem harte Zeit, die mich sehr geprägt hat», blickt sie zurück. Gleichzeitig sei es stärkend gewesen, sie habe viel gelernt. «Ich wollte nie Gemeindepräsidentin werden, aber ich musste einspringen.» Sie sei mit dem Amt gewachsen, sagt Tschuor. «In der Gemeinde herrschte Chaos, ich musste Mehrheiten finden, um die Probleme zu lösen.»

Michaela Tschuor sei «die richtige Frau zur richtigen Zeit am richtigen Ort» gewesen, sagt Ivan Zanin. Er ist seit 2017 als Parteiloser im Wikoner Gemeinderat und hat die Krise hautnah miterlebt. «Ihrem Einsatz ist es zu verdanken, dass wir mit einem blauen Auge da-



Hunde sind eine Leidenschaft von Michaela Tschuor.

Bild: Pius Amrein (Wikon, 13. Februar 2023)

vorgekommen sind», sagt Zanin. Tschuor habe enormen Durchhaltewillen gezeigt und mit dem Wechsel ins Gemeindepräsidium Verantwortung übernommen.

Eigentlich sei ihr Plan gewesen, in der Gemeinde Ordnung zu schaffen und dann ihr Amt abzugeben, sagt Michaela Tschuor. Doch heute ist sie immer noch Gemeindepräsidentin von Wikon. «Wir haben mittlerweile ein tolles Team im Gemeinderat und eine super Verwaltung.» Tschuor sagt im

Rückblick: «Die Bewältigung dieser Krise hat auch dazu geführt, dass ich mir kantonale Ämter zutraue.» Die Gemeinde hat sich neu organisiert. Heute ist der Gemeinderat in erster Linie strategisch tätig, für das operative Geschäft ist ein CEO zuständig, die Verwaltung wurde gestärkt.

Intensiver Wahlkampf

Für Tschuor sind die strategische Ausrichtung und die damit verbundenen tieferen Pen-

sen für die politischen Amtsträger ein Baustein, um Beruf, Familie und Politik unter einen Hut zu bringen. Gemeinsam mit ihrem Ehemann leitet sie eine Tierklinik in Oftringen. Das Ehepaar hat drei Kinder, das Jüngste ist zwölf Jahre alt. «Unser Ziel ist es, einmal am Tag zusammen als Familie zu essen.» Zur Familie gehören auch drei Hunde, zwei davon sind Jagdhunde, die Tschuor regelmässig im Wald trainiert. Ihr Mann, ein gebürtiger Bündner, ist passionierter Jäger.

Michaela Tschuor im Kurzporträt

Geboren: 26. September 1977

Wohnort: Wikon

Lebensform: verheiratet, 3 Kinder

Beruf: Juristin, Dr. iur.

Berge oder Seen? Seen

FCL-Match oder KKL-Besuch? KKL-Besuch

Buch oder Fernsehen? Buch

Wein oder Bier? Wein

Fleisch oder vegan? Fleisch

Auto oder ÖV? Auto

Elf Kandidierende für die Regierung

Kantonale Wahlen Am 2. April wollen sieben Frauen und vier Männer in die fünfköpfige Luzerner Regierung gewählt werden. Wir porträtieren die Kandidierenden nach ausgeloster Reihenfolge. Die Anretenden konnten Wählen, wo und wie sie fotografiert werden wollten.

«Die Bewältigung dieser Krise hat auch dazu geführt, dass ich mir kantonale Ämter zutraue.»

Michaela Tschuor
Regierungsratskandidatin

Tschuor ist gebürtige Deutsche. Erst im Teenageralter zog sie mit ihrer Familie ins Wigertal. Aufgewachsen ist sie in Ennepetal, einer Stadt mit 30 000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Ruhrgebiet.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Mitte-Politikerin ein Anliegen. Mit Blick auf die amtierende Regierung sagt sie: «Die weibliche Komponente fehlt und dadurch sind Familienthemen untervertreten.» Jetzt komme eine neue politische Generation ans Ruder, bei

der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine grössere Rolle spiele. Gleichzeitig gebe es auch Grenzen der Vereinbarkeit. «Wenn meine Kinder noch jünger wären, würde ich nicht für den Regierungsrat kandidieren», sagt Tschuor.

Sie sei sich bewusst, dass sie sich für ein sehr zeitintensives Amt bewerbe. Doch mittlerweile hätten die Kinder eigene Hobbys, wie etwa Eishockeyspielen, und seien darum abends oft unterwegs. Zudem, so Tschuor: «Es ist ein Vorteil, dass wir Unternehmer sind. So können wir unsere Arbeitszeit flexibel gestalten.» Bereits jetzt hat sie viel um die Ohren, ein Podium hier, eine Wahlkampfveranstaltung da. «Der Wahlkampf ist intensiv», sagt Tschuor. Aber das sei gut so. «Es braucht eine gewisse Grundtemperatur, damit der Motor läuft.»

Spital Wolhusen: Kritik an der Kommunikation

Bereits nach ihrer Nomination hat Michaela Tschuor Interesse für das freiwerdende Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) angemeldet. Es ist jenes Departement, das in den vergangenen Jahren mit der Pandemie und den Flüchtlingsbewegungen infolge des Krieges in der Ukraine wohl am meisten gefordert war. Tschuor scheut sich nicht, bereits jetzt Aussagen zu heissen Eisen im GSD zu treffen. So sagt sie etwa zur Diskussion um das Spital Wolhusen: «Es braucht dort eine gute Grundversorgung.» Gleichzeitig müsse man aber die Kosten im Griff behalten. Tschuor kritisiert die bisherige Kommunikation der Regierung: «Diese ist sehr schlecht gelaufen.» Sie würde die Leute in der betroffenen Region früher einbeziehen.

Eine ideologisch gefestigte Christdemokratin ist Michaela Tschuor nicht. In ihrem ersten Interview nach ihrer Nomination sagte sie gegenüber unserer Zeitung, sie habe vor ihrer Kandidatur für den Wikoner Gemeinderat mit einem Beitritt zu den Grünliberalen geliebäugelt. Trotz dieser Flexibilität habe sie durchaus ihre Positionen, sagt sie heute. «Ich kann aber auch gut abwägen.» Sie höre gerne zu und wolle Standpunkte verstehen. «Ich kann meine Meinung ändern, aber dafür braucht es gute Argumente.» Sie sei in politischen Fragen eher sachorientiert und nicht so emotional.

Der Entscheid, in die damalige CVP einzutreten, könnte sich für Tschuor nun auszahlen. Sie kandidiert für die grösste Luzerner Partei für einen Regierungsratssitz und hat beste Chancen, gewählt zu werden. Keine der anderen Parteien stellt den zweiten Sitz der Mitte wirklich infrage. Im Schlafwagen wird Tschuor aber dennoch nicht in den Ritterischen Palast in Luzern einziehen, dessen ist sie sich bewusst: «Ich bereite mich auf zwei Wahlgänge vor.»

Drei Fragen – drei Antworten

Wo soll das Leistungsangebot der Luzerner Spitäler definiert werden?

Michaela Tschuor: Als Juristin finde ich es atypisch, das Leistungsangebot von Spitälern ins Gesetz zu schreiben. Ich spüre aber die Erwartungshaltung der Bevölkerung und den politischen Druck nach Sicherheit für die Grundversorgung. Dafür wäre ein verbindlicher Leistungsauftrag zwar besser als ein Gesetz, Letz-

teres kann in so einem Fall aber eine Möglichkeit sein.

Der Bau von Windkraftanlagen soll erleichtert werden. Warum ist das richtig oder falsch?

Ich bin klar für den Ausbau der regionalen erneuerbaren Energieproduktion. Also Photovoltaik, Biomasse, Wasserkraft, deren Potenzial aber weitgehend ausgeschöpft sind, und Wind-

energie. Die heutigen Bewilligungsverfahren sind zu lang und geben keine Planungssicherheit. Wichtig ist mir aber eine qualitative Interessensabwägung, die nicht zur Alibiübung wird.

Die Nationalbank wird weniger Geld nach Luzern überweisen. Wie kompensieren Sie das?

Keine Panik auf Vorrat! Der Kanton Luzern hat nach wie vor

einen stabilen Finanzhaushalt mit einer stattlichen Kapitalreserve von 700 Millionen Franken. Die Unsicherheit bei den SNB-Geldern nehme ich aber ernst. Deshalb erachte ich die aufgegleisten Massnahmen als richtig: zweijährige Planung der SNB-Gelder, Anpassung der Schuldenbremse, Priorisierung bei den Aufgaben. Der Staat darf nicht mehr Geld ausgeben, als er einnimmt. (nus)